

Gemeinsamer Antrag Nr. 6

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,
der Freiheitlichen Arbeitnehmer,
der Alternativen, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen

an die 173. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 1. Dezember 2022

BILDUNG DARF NICHT DURCH TEUERUNG GEFÄHRDET WERDEN

Für den Schulerfolg ist bekanntermaßen entscheidend, ob die Eltern über ausreichend Zeit, Geld und Bildung verfügen, um ihre Kinder zu unterstützen und zu begleiten. Der Schulerfolg ist damit in einem hohen Maß privatisiert. Dieser bildungspolitische Systemfehler trifft nun auf eine immense Teuerungswelle – mit drastischen Auswirkungen für die Kinder.

Eltern erwarten aufgrund der Teuerung im kommenden Schuljahr in fast allen Bereichen Kostensteigerungen bzw. höheren finanziellen Aufwand, das heißt auch für allgemein notwendige Aufwendungen wie Schulmaterial oder Essensgeld. So wird beispielsweise für die Hälfte aller Schüler:innen in Österreich ein Anstieg des schulischen Essensgeldes erwartet. Fast zwei Drittel der Eltern erwarten darüber hinaus steigenden finanziellen Aufwand für Schulveranstaltungen wie Ausflüge.

Der Kostenanstieg führt dazu, dass sich viele Familien einen Teil der Ausgaben für Bildung nicht mehr leisten können. Eltern glauben bereits mehrheitlich nicht, die steigenden Kosten vollständig tragen zu können und müssen daher voraussichtlich in etlichen Bereichen einsparen. So planen Eltern auch im Bereich der Bildungsbeteiligung der Kinder und Jugendlichen einzusparen. Jede vierte Familie kann sich die Kosten für EDV voraussichtlich nicht mehr leisten. Ähnlich viele planen Einsparungen bei Nachhilfe sowie kultureller Beteiligung. Auch bei Schulmaterialien, Schulgebühren und Schulausflügen sehen sich 12-14 % der Eltern nicht im Stande, diese im kommenden Schuljahr zu finanzieren. Jede fünfte Familie (22 %), deren Kind eine Form der Ganztagesbetreuung besucht, gibt an, sich diese nicht mehr leisten zu können. (Daten zur Studie: repräsentative Befragung des IFES-Institut; Juli und August 2022, 809 Haushalte mit 1387 Schüler:innen, telefonische und Online-Interviews (CATI und CAWI), Grundgesamtheit Haushalte mit Schulkindern).

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher Familien zu entlasten und die Bildungsteilhabe von Kindern und Jugendlichen in Zeiten der Teuerung sicherzustellen. Daher fordert die Bundesarbeitskammer auf, folgende Punkte umzusetzen:

Schulkosten in Zeiten der Teuerung sofort drastisch reduzieren: Es braucht ein zusätzliches Budget für Schulmaterialien, das Lehrerinnen und Lehrer unbürokratisch verwenden können nach dem Vorbild des Wiener Warenkorb. So können Kinder und Jugendliche mit allen notwendigen Materialien ausgestattet werden. Der Wiener Warenkorb selbst soll an die hohe Inflation angepasst und der Betrag pro Kind erhöht werden.

Ganztagesbetreuung absichern: Es braucht zusätzliche Budgets und unbürokratische Förderungen für Gemeinden, damit sichergestellt wird, dass kein Kind aus finanziellen Gründen von der Ganztagesbetreuung abgemeldet wird. Dafür müssen auch die Voraussetzungen für die Befreiung/Ermäßigung von Elternbeiträgen in Kinderbildungseinrichtungen und Nachmittagsbetreuung angepasst werden.

Teilhabe in der Freizeit sicherstellen: Es braucht niederschwellige Fördertöpfe, um im Bereich der Freizeitförderung die Teilhabe an kulturellen Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen.

Entlastungen für armutsgefährdete Familien und Alleinerziehende: Sie trifft die Teuerung in besonderem Ausmaß. Die Arbeiterkammer fordert die Bundesregierung auf, ein Entlastungspaket (Anhebung Arbeitslosengeld und Sozialhilfe; Unterhaltsgarantie) sowie spezifische Unterstützungsangebote (z.B. Ferien- und Lerncamps) zu schaffen. Dabei ist auch eine weitere Anhebung und Ausweitung der Schüler:innenbeihilfe unerlässlich.

Mittelfristig müssen Schulen so ausgestattet werden, dass es für den Schulerfolg egal ist, ob Eltern Geld haben oder nicht:

Treffer sicher investieren und Schulentwicklung ermöglichen – Schulfinanzierung nach dem AK-Chancen-Index für alle Schulen: Konkret braucht es für treffer sicherere langfristige Investitionen – vor allem in Personal- und Schulentwicklung – eine Schulfinanzierung nach dem AK-Chancen-Index aller Schulen. So bekommen Schulen umso mehr Mittel, je mehr Schüler:innen mit Unterstützungsbedarf sie haben. Das entlastet nicht nur Schüler:innen, sondern auch die Eltern, die sonst einspringen müssten.

Lernräume für alle ausbauen, beitragsfreie hochwertige Ganztagschulen flächendeckend anbieten: Notwendig sind Schulen, in denen Lehrer:innen mehr Raum und Zeit zum Üben mit ihren Schüler:innen bekommen. Investitionen in den Ausbau von Ganztagschulen fördern die Lernchancen der Kinder und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und schaffen somit Arbeitsplätze.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich